**Autos bauen, Menschen opfern?** Von Thomas Sablowski

Der Lockdown nervt. Aber er dauert nur deswegen so lange, weil die Bundesregierung die Wirtschaftsbosse schont. Eine Kritik der deutschen Coronapolitik

Mittlerweile gestehen Teile der Regierenden in Bund und Ländern ein, dass ihre »Flatten The Curve«-Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie gescheitert ist. Jedoch folgen daraus keine angemessenen Konsequenzen. Im Gegenteil: Die Bundesregierung und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder »lockern« ihre Maßnahmen. Obwohl die Mehrheit der Virologinnen und Epidemiologenvor einer dritten Welle warnt. Dass die Pandemie nicht längst wie in Australien, Neuseeland oder Vietnam eingedämmt ist, hängt auch mit den widersprüchlichen Zielen der Bundesregierung zusammen. Seit Beginn verfolgen die Regierenden neben der partiellen Eindämmung der Pandemie ein zweites Ziel, das dazu im Widerspruch steht: Die Kapitalverwertung sollte möglichst nicht behindert werden.

Das Herzstück der deutschen Wirtschaft, der Exportsektor und seine Schlüsselindustrien wie der Maschinenbau und die Automobilindustrie wurden und werden nicht angetastet. Dass es im Frühjahr 2020 trotzdem zu gravierenden Einbrüchen der Produktion kam, war nicht beabsichtigt und ergab sich aus der Unterbrechung von Zulieferungen aus China und Italien. Während in Italien Arbeiterinnen und Arbeiter aus Sorge um ihre Gesundheit streikten und damit die Regierung zwangen, Teile der Industrie für mehrere Wochen stillzulegen, gab es so etwas in Deutschland nicht. Daimler erzielte beispielsweise im Jahr 2020 einen Gewinn von 8,6 Milliarden Euro.

Kaum war der halbherzige Lockdown im März 2020 beschlossen, drängten die Lobbyisten des Kapitals in den Wirtschaftsverbänden, den Medien und der Politik schon wieder zu »Lockerungen«. Nachdem die Regierenden dem Druck nachkamen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie schrittweise aufhoben, setzten sie fortan alles daran, einen zweiten flächendeckenden Lockdown zu verhindern. Dazu diente unter anderem die Delegation der Verantwortung an untergeordnete staatliche Ebenen. Es sollte nun in der Verantwortung der einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise liegen, neue Eindämmungsmaßnahmen zu ergreifen, wenn die »Inzidenz« auf mehr als 30 neue Infektionen pro 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen steigen sollte. Als die Inzidenz dann tatsächlich stieg, wurden jedoch keine energischen Maßnahmen ergriffen. Vielmehr erhöhte man den Schwellenwert zunächst auf 50 Infektionen pro 100.000 Einwohner, bis die Regierenden das vereinbarte Ziel stillschweigend ganz fallen ließen. Erst als die Inzidenz flächendeckend nach oben schnellte und die Gesundheitsämter längst nicht mehr die Ausbreitung der Infektionen nachverfolgen konnten, waren sie in Bund und Ländern zu neuen Maßnahmen gezwungen.

Dabei folgte der zweite Lockdown weitgehend den Mustern des ersten. Bereits im Dezember zeigte sich, dass die im November umgesetzten Maßnahmen keine ausreichende Wirksamkeit entfalteten. Doch eine weitergehende Einschränkung von Produktion und Arbeit blieb weiterhin außer Betracht, es wurde nicht einmal öffentlich darüber diskutiert. Dabei hätte die Weihnachtszeit gut genutzt werden können, um mit relativ geringen politischen und ökonomischen Kosten eine konsequente Pause, einige Wochen Sonderurlaub mit Lohnfortzahlung für den größten Teil der Bevölkerung durchzusetzen. Diese Chance wurde vertan. Während die Politik Schulen und Kindertagesstätten erneut schließen ließ, hielt sie Betriebe offen. Beschäftigte mussten sich weiterhin dem Infektionsrisiko auf dem Weg zur Arbeit und am Arbeitsplatz aussetzen.

Seit den ersten Diskussionen über den Lockdown und seine »Lockerung« im Frühjahr 2020 bewegt sich die politische Debatte zur Eindämmung der Pandemie zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite stehen die Sozialdarwinisten, die bereit sind, ein Massensterben in Kauf zu nehmen, die Alten und Kranken dem ununterbrochenen gesellschaftlichen Normalbetrieb zu opfern. Auf der anderen Seite stehen jene Politikerinnen und Politiker, die zumindest vor einer Situation noch zurückschrecken, in der Kranke nicht mehr behandelt werden können, weil es in den Intensivstationen keine freien Plätze mehr gibt. Wird deutlich, dass wie in Kriegszeiten »Triage« praktiziert wird, dann könnten die politischen Kosten für die Regierenden doch zu hoch werden, so vermutlich die Annahme. Eine »Überlastung« des Gesundheitswesens »zu vermeiden«, bedeutet für sie faktisch, Ärztinnen und Pfleger gerade so weit zu belasten, dass die Kapazitäten in den Krankenhäusern ausgelastet sind, während weitere Maßnahmen des Infektionsschutzes vermieden werden können.

Dabei verschwimmt zunehmend auch der Unterschied zwischen der rechten Opposition und den Regierungsparteien. Unterdessen sterben in Deutschland massenhaft Menschen. Bis zum 6. Mai 2020, als sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder auf weitgehende »Lockerungen« nach dem ersten Lockdown verständigten, waren in Deutschland laut Robert-Koch-Institut (RKI) 6.996 Menschen an Corona gestorben. Damals hielten sich die Regierenden noch zugute, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern bisher gut durch die Pandemie gekommen sei. Bis zum 28. Oktober 2020, als der »Lockdown light« beschlossen wurde, summierten sich die Toten auf 10.183. Am 13. Dezember, als die erneute Schließung von Kitas, Schulen und Einzelhandelsgeschäften beschlossen wurde, lag die Zahl der Verstorbenen bereits bei 21.787. Inzwischen sind es mehr als 77.000 Menschen, die »an oder mit« COVID-19 gestorben sind.

Dass erfolgreichere Politiken zur Eindämmung der Pandemie möglich sind, zeigen beispielsweise viele Länder in Ostasien und Südostasien sowie im pazifischen Raum. Während die kumulative Zahl der an COVID-19 Verstorbenen in Deutschland laut dem WHO-Situationsbericht vom 30. März inzwischen bei 90,6 pro 100.000 Einwohner liegt, liegt sie in China bei 0,3, in Südkorea bei 3,4, in Vietnam bei 0,0, in Thailand bei 0,1, in Australien bei 3,6, in Neuseeland bei 0,5.

Der Linken insgesamt ist es leider bisher nicht gelungen, sich auf eine eigenständige Position zur Eindämmung der Pandemie zu einigen und diese öffentlich stark zu machen. Die Linke war von Anfang an zerrissen zwischen der Kritik an den Einschränkungen der Grundrechte und der Thematisierung der zerstörerischen Folgen eines Lockdowns einerseits und der Kritik an dem unzulänglichen Infektionsschutz und der halbherzigen Regierungspolitik. Obwohl die Befürchtung, dass im Windschatten des staatlichen Ausnahmezustands dauerhafte Einschränkungen von Grundrechten durchgesetzt werden, durchaus ernst zu nehmen ist, erweist sich die Vielstimmigkeit der Linken hier als Schwäche.

Linke sollten keine Schwierigkeiten haben, sich zu positionieren. Der Gesundheitsschutz muss Vorrang vor Verwertungsgesichtspunkten haben; da es um die Einstellung der Produktion für wenige Wochen geht, dürfte das auch ökonomisch verkraftbar sein, wenn es durch solidarische Maßnahmen der Arbeitsplatzsicherung und Einkommensumverteilung begleitet wird. Die Entlassung von Beschäftigten muss unterbunden werden. Die Löhne müssen weiter gezahlt werden. Soloselbständige und kleine Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten müssen schnell und unbürokratisch staatliche Finanzhilfen erhalten. Größere Unternehmen, die bankrottgehen, müssen verstaatlicht werden, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Im Frühjahr 2020 wurden die Infektionszahlen durch den ersten Lockdown und die damalige Einschränkung der Produktion in Deutschland bereits auf das erforderliche niedrige Niveau gesenkt. Dass dies möglich war, haben wir auch den streikenden Arbeitern in Italien und der Gesundheitspolitik in China zu verdanken, sonst wäre die Einschränkung der Produktion hierzulande nicht in diesem Maße erfolgt – Stichwort Lieferketten. Leider wurde die Chance, die sich daraus ergab, verspielt. Sonst hätten wir heute hier eine ähnliche Situation wie in den Ländern des ostasiatisch-pazifischen Raums. Es gilt, nun endlich aus diesen Erfahrungen die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

*Dieser Artikel ist eine gekürzte und aktualisierte Version eines Textes, der im Januar 2021 in der Zeitschrift „LuXemburg“ erschien.*